

Nah und doch so fern?

Ein Plädoyer für die transatlantische Wertegemeinschaft

Daniela Haarhuis (ext.)

Zum Mitnehmen

- Die USA und Deutschland vereint mehr, als sie trennt, auch wenn aktuelle Umfragen z.T. eine andere Tendenz widerspiegeln.
- Viele der aktuell wahrgenommenen Trennfaktoren beruhen nicht zuletzt auf Fehleinschätzungen auf beiden Seiten, die es zu überwinden gilt.
- Die USA und Deutschland verbindet eine Geschichte, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht und die sich in Ähnlichkeiten wie *German angst* respektive übertriebenem Sicherheitsbedürfnis manifestiert.
- Bei den aktuellen Herausforderungen von Ukraine-Krise bis zur Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus sind und bleiben die USA und Deutschland natürliche Partner.
- Das bilaterale Verhältnis kann durch Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsanstrengungen über TTIP bis hin zur Intensivierung von transatlantischen Austauschprogrammen vorangebracht werden.

INHALT

2 | I. Trennfaktoren**5 | II. Verbindende
Faktoren****7 | III. Handlungs-
empfehlungen**

„Alles schläft, Google wacht“¹ oder „Die grimmige Angst vor der Chlorhuhn-Herrschaft“² sind Zeitungsüberschriften der letzten Jahre, die einen derzeit in Deutschland leider immer noch mitschwingenden Grundton der deutsch-amerikanischen Beziehungen beschreiben: Misstrauen und Angst. Grund hierfür sind zu einem guten Teil Missverständnisse auf beiden Seiten, die nicht so leicht auszuräumen sind, da sie sich bei den Menschen zweier Länder, die sich ähnlicher sind als sie glauben, festgesetzt haben. Die USA und Deutschland vereint mehr, als sie trennt, auch wenn aktuelle Umfragen einen anderen Trend widerspiegeln: So wollen sich mehr als die Hälfte der Deutschen sicherheits- und außenpolitisch von den USA emanzipieren und wünschen sich hierbei keine Führungsrolle der Deutschen, sondern der Europäischen Union und der NATO.³ Das wiederum führt zu Unverständnis auf der anderen Seite des Atlantiks. Die USA vermissen einen Führungswillen der Deutschen. Im Übrigen zeigt dies auch Unkenntnis bei manchen Deutschen über die NATO, die ohne die Militärausgaben und den Einsatz der USA nicht mehr als ein Schoßhund wäre, der das aufrüstende Russland und gegebenenfalls auch andere aufstrebende Mächte, wie z.B. China, nur treuherzig anzuschauen vermag.

I. Trennfaktoren

Die gerade angedeuteten Trennfaktoren beruhen nicht zuletzt auf Fehleinschätzungen auf beiden Seiten. Diese lassen sich jedoch nicht mit ein paar Sätzen in Schwarz-Weiß-Färbung, sondern nur mit einer tiefgehenden Analyse verstehen.

1. Vorbehalte gegen Militäreinsätze versus Vorwurf des fehlenden Willens zu führen

In fast jeder deutschen Diskussion, in der das außen- und sicherheitspolitische Wirken der USA eine Rolle spielt, fällt mindestens einmal das Argument der Völkerrechtswidrigkeit und Sinnlosigkeit des Irak-Kriegs.

Am 20. März 2003 griffen die USA mit ihrer „Koalition der Willigen“ den Irak an, da ihrer Ansicht nach der Verdacht des Vorhandenseins von Massenvernichtungswaffen begründet sei. Ziel dieses Einsatzes war auch eine Neuordnung des Iraks unter demokratischen Vorzeichen. Der UN-Sicherheitsrat hatte diesen Militäreinsatz nicht mandatiert. Bekanntermaßen wurden keine Massenvernichtungswaffen gefunden. In diesem Konflikt starben weit über 100.000 Menschen⁴. Dennoch ist der Irak immer noch weit davon entfernt, sich zu einem friedlichen, stabilen und demokratischen Land zu entwickeln⁵. Die oft zu hörende einfache Schlussfolgerung hieraus ist: Die „kriegstreibenden USA“ mit ihrem Hunger nach Öl unterjochten ein ganzes Land, die „friedliebenden Deutschen“ haben sich aus dem Krieg herausgehalten und behalten am Ende Recht. Zudem sei damit ein „klares“ Argument gegen jede Militäraktion der USA gefunden, da es den USA – so die Sichtweise von einigen deutschen Hardlinern – immer nur um Machtstreben ginge. Soweit die Schwarz-Weiß-Argumentation.

Und nun etwas mehr ins Detail: Tatsächlich markiert der Irak-Krieg im Jahr 2003 einen tiefen Riss in den transatlantischen Beziehungen, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren eigentlich als stabil manifestiert hatten. „Der Westen“, der sich bis dahin als eine Einheit auf der Basis eines gemeinsamen Engagements für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, freier Marktwirtschaft und Sicherheitsinteressen definierte, hatte nun einen „progressiven“ Teil (v.a. USA, Großbritannien) und einen „rückschrittlichen“ Teil (v.a. Deutschland, Frankreich).⁶

Tatsächlich markiert der Irak-Krieg im Jahr 2003 einen tiefen Riss in den transatlantischen Beziehungen.

Mit der Verleihung der Presidential Medal of Freedom an Bundeskanzlerin Merkel demonstrierte Präsident Obama sein ernsthaftes Bemühen, das bilaterale Verhältnis wieder zu verbessern.

Diese Kluft hat sich jedoch wieder geschlossen und zumindest bis zu den Enthüllungen durch Edward Snowden, die später noch eingehender behandelt werden, ist die US-Regierung unter Präsident Obama frei von jeglichem Vorwurf, nicht ernsthaft versucht zu haben, vergangene Zerwürfnisse wieder zu kitten. Die Verleihung der Presidential Medal of Freedom an Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juni 2011 im Rosengarten des Weißen Hauses war das erste Staatsbankett für einen europäischen Staatschef unter der Präsidentschaft Obamas. Die Presidential Medal of Freedom ist die höchste zivile Auszeichnung, welche die USA zu vergeben haben; unter den Ausgezeichneten finden sich Persönlichkeiten wie Nelson Mandela und Schimon Peres. Nun könnte man dies als Symbolpolitik abtun. Aber nichtsdestotrotz ist die Verleihung ein Ausdruck höchster Wertschätzung. Zudem hatte sich zuvor im März desselben Jahres Deutschland bei der Verabschiedung einer Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Errichtung einer Flugverbotszone in Libyen mit seiner Enthaltung in eine Reihe mit Russland, China, Brasilien sowie Indien und damit gegen seine engsten Verbündeten, die USA, Großbritannien und Frankreich, gestellt. Trotzdem kam es im Juni 2011 zu diesem engen Schulterchluss.

Es macht einen Unterschied, wenn es der Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2006 bedurfte, um wieder ein unverkrampftes Gefühl beim Schwenken der eigenen Flagge zu entwickeln.

Um noch einmal zum Ausgangsargument, der Frage der Rechtmäßigkeit und Sinnhaftigkeit des Irak-Kriegs zurückzukommen: Ja, bis auf den Sturz eines brutalen Diktators, Saddam Hussein, ist dem Irak-Krieg nicht wirklich etwas Gutes abzugewinnen. Es war rückblickend eine problematische Entscheidung. Nur wie lange wollen manche deutschen Kritiker dies den USA noch vorhalten? Die US-Regierung hat hieraus gelernt und sich im Arabischen Frühling mit militärischen Interventionen zurückgehalten, was bekanntermaßen auch nicht zur Stabilisierung im Irak und in Syrien beigetragen hat. Und hier liegt ein zentrales Dilemma der USA: Werden sie aktiv, gibt es Kritik; warten sie ab, gibt es ebenfalls Kritik. Von diesem Problem ist die deutsche Seite bislang nicht betroffen, solange man sich selbst mit der Übernahme sicherheitspolitischer Verantwortung (bspw. Enthaltung bei der UN-Resolution zur Flugverbotszone über Libyen im Jahr 2011) zurückhält und gerade erst dabei ist, die „neue deutsche Verantwortung“, wie sie von Bundespräsident Gauck auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 skizziert wurde, mit Leben zu füllen. Die Bundesregierung nimmt diese Herausforderung an. Aber es muss in diesem Kontext auch bei der US-Seite um Verständnis für die deutsche Haltung geworben werden, da Washington seinerseits Probleme hat nachzuvollziehen, warum Deutschland aus US-Perspektive keinen Führungswillen zeigt: Es macht eben einen Unterschied, ob ein Land seit 150 Jahren als Einheit besteht oder erst seit 25 Jahren. Es macht einen Unterschied, ob man zu einer „born democracy“ gehört oder ob zwei Landesteile zeitversetzt Demokratie wieder gelernt haben und deren jeweilige Außenpolitik aus der Geschichte heraus nur im Verbund mit anderen Staaten nach 1945 existierte. Es macht einen Unterschied, wenn es der Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2006 bedurfte, um wieder ein unverkrampftes Gefühl beim Schwenken der eigenen Flagge zu entwickeln. Ganz zu schweigen davon, dass unter diesen Bedingungen ein „Pledge of Allegiance“, wie er in den USA zum Alltag gehört, in Deutschland nach 1945 und nach 1990 undenkbar wäre.

Gerade diese selbst auferlegte Zurückhaltung und staatliche Nüchternheit hat dazu geführt, dass sich zunächst die Bundesrepublik und dann das wiedervereinigte Deutschland Ansehen und Vertrauen erarbeitet haben, die eine wichtige Grundlage für das friedliche Zusammenleben in Europa und die transatlantischen Beziehungen sind.

2. Begeisterung für Snowden versus Stärkung der Geheimdienste

Angesichts dieses über Jahrzehnte erarbeiteten Vertrauens traf es „die Deutschen“ umso unvermittelter, als im Zuge der Enthüllungen durch Edward Snowden im Jahr 2013 klar wurde, dass Deutschland ein wichtiges Aufklärungsziel für US-amerikanische Geheimdienste darstellt. Nach dem Irak-Krieg war dies das zweite große Ereignis, das die deutsch-amerikanischen Beziehungen zumindest in den Augen der breiten Öffentlichkeit ein weiteres Mal ungebührlich belastete.

Um diese Problematik für beide Seiten begreiflicher zu machen, muss man verschiedene Aspekte zusammenführen: die Rolle von Nachrichtendiensten, die Kontrollierbarkeit von Nachrichtendiensten sowie Zerrbilder der Selbst- und Fremdwahrnehmung.

Die Rolle von Nachrichtendiensten ist in Deutschland eine andere als in den USA. Geschichtlich mehr als verständlich, aber in der Sache nicht immer hilfreich, werden Nachrichtendienste in Teilen der deutschen Öffentlichkeit eher als ein notwendiges Übel, denn als ein wichtiger sicherheitspolitischer Faktor betrachtet. Getreu dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“, sollen die deutschen Nachrichtendienste (Bundesamt für Verfassungsschutz, die 16 Landesämter für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst und teilweise der Militärische Abschirmdienst) einen Informationsvorsprung für die Bundesregierung erarbeiten, terroristische Anschläge verhindern und Spionage abwehren, dabei aber – überspitzt formuliert – dem „pazifistischen Selbstbild“ der Deutschen entsprechen. Dazu kommt, dass die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, dass die Informationslage eben dieser deutschen Nachrichtendienste sehr zu wünschen übrig lässt. So wurden die NSU-Morde quasi durch Selbstanzeige und die NSA-Überwachung durch eine unfreiwillige Innenquelle aufgeklärt; beides war nicht das Ergebnis einer erfolgreichen Arbeit der deutschen Nachrichtendienste. Hinzu kommt – und dies stößt auf US-Seite umso bitterer auf –, dass ein Großteil der bisher vereitelten islamistisch motivierten Anschläge in Deutschland auf Informationen der geschmähten US-Geheimdienste zurückgeht. Umgekehrt lässt das Vorgehen der NSA jedoch politisches Gespür vermissen, wenn bei den US-Geheimdiensten übersehen wird, dass in Bezug auf Deutschland eine Überwachung von Politikern kontraproduktiv ist. Nicht nur wegen des Imageschadens im Falle des Bekanntwerdens, sondern vor allem da die deutsch-amerikanischen Beziehungen bislang eigentlich als so eng erachtet werden konnten, dass ein direkter Anruf genügt hätte, um die wirklich wichtigen Informationen zu erhalten.

Dies verdeutlicht zudem, dass es auch für die US-Politik schwer sein kann, so große Verwaltungsapparate wie Geheimdienste wieder einzufangen bzw. zu kontrollieren. Denn ist die Sammelwut erst einmal von der Leine gelassen, wird schnell übersehen, dass alle Informationen auf jede erdenkliche Weise zu sammeln nicht heißen muss, alles zu wissen und die politischen Entscheidungsträger sinnvoll informieren zu können. Dieses Problem teilen im Übrigen die amerikanische und die deutsche Regierung gleichermaßen.

3. Schiedsgerichte und Chlorhühnchen versus Bankenaufsicht

Weitaus bedrohlicher als die NSA ist in der deutschen öffentlichen Wahrnehmung jedoch der angeblich drohende Verfall des Rechtsstaats durch den Einsatz von Schiedsgerichten und die befürchtete schleichende Vergiftung der deutschen Bevölkerung durch US-Chlorhühnchen. Selbst im beschaulichen Münster kann man sich an fast jedem Samstag in der Fußgängerzone informieren und seine Unterschrift

Die Rolle von Nachrichtendiensten ist in Deutschland eine andere als in den USA.

TTIP: In einigen Fällen könnte die Übernahme von US-Standards die Rechte und Interessen der Verbraucher deutlich stärken.

Es geht bei TTIP um mehr als „nur“ um ein Freihandelsabkommen; es geht auch um die Frage, wie sich Europa in der Welt positioniert.

gegen das gerade verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) leisten. Soweit eine Kurzbeschreibung der deutschen Ängste gegenüber TTIP. Erstaunlich ist in dieser Diskussion, ob man diese Befürchtungen nun teilt oder nicht, dass mögliche Ängste auf US-Seite hierbei keine Rolle spielen. Bleibt man im irrationalen Bereich, kommt dem armen Huhn tatsächlich ein Symbolwert zu; nur dass die Amerikaner hier dem europäischen Federvieh misstrauen, da dies ihrer Meinung nach mit Antibiotika verseucht sei.⁸ Tragfähiger sind die US-Sorgen bezüglich der Bankenaufsicht, die seit dem Finanzkrisenjahr im Jahr 2008 in den USA aufgrund von Reformen umfassender ist als in Deutschland/Europa. Mit dem „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“, einem US-Bundesgesetz aus dem Jahr 2010, müssen bspw. Banken in den USA das Privatkunden- vom Spekulationsgeschäft trennen, mehr Eigenkapital vorhalten und dürfen weniger mit riskanten Finanzprodukten handeln.⁹ In Deutschland und der EU ist man noch nicht so weit. Dies könnte für die US-Seite möglicherweise ein Absenken ihrer Bankenstandards bei Abschluss der TTIP bedeuten, was im Interesse der Verbraucher sicherlich verhindert werden sollte. Somit bestünde durchaus die Möglichkeit, dass die Verbraucher auf beiden Seiten des Atlantiks von einem erfolgreichen Abschluss von TTIP profitieren können.

Von diesen wichtigen und im Detail noch auszuhandelnden Einzelfragen einmal abgesehen, geht es bei TTIP um mehr als „nur“ um ein Freihandelsabkommen. Es geht auch um die Frage, wie sich Europa und damit auch Deutschland in der Welt positioniert. Es geht darum, wie wir unseren bisherigen Wohlstand erhalten wollen, von dem auch die politische Stabilität in Deutschland und Europa abhängt. Dass Wirtschaftsfragen eine sehr politische und wertebezogene Rolle zukommen kann, zeigt sich beispielsweise auch in der Tatsache, dass der russische Präsident Putin im Jahr 2010 ebenfalls eine Freihandelszone vorschlug, allerdings „von Lissabon bis Wladiwostok“.¹⁰

II. Verbindende Faktoren

Bislang standen im Mittelpunkt dieser Betrachtung die Trennfaktoren, so dass es Zeit wird, den Blick auf verbindende Faktoren zu lenken.

1. Geschichte

Ein wichtiger Teil dieser verbindenden Faktoren ist die Verwobenheit der Geschichte beider Länder. Diese beginnt nicht mit der Gegnerschaft in zwei Weltkriegen, sondern mit dem großen Traum, den die USA immer noch verkörpern – dem amerikanischen Traum mit den USA als dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Aufgrund dieser Verheißung machten sich ab dem Jahr 1820 millionenfach Deutsche auf die damals noch beschwerliche Reise.¹¹

In der Zeit nach den napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress von 1815 hatte sich das alte Dynastiesystem wieder in Deutschland etabliert; das aufstrebende Bürgertum wurde unpolitisch, die Biedermeierzeit hielt Einzug und wer nicht in die richtige Familie geboren wurde, hatte außerhalb von Adel, Militär und Beamtentum nur geringe Aufstiegschancen. Dazu kam im Jahr 1816 das Jahr ohne Sommer¹², das zu Missernten, Hunger und steigenden Preisen führte.

Viele Auswanderer fanden das, was sie suchten, jenseits des Atlantiks – oder um es mit den Worten eines Deutschen aus dem Jahr 1829 auszudrücken: „Die große Fruchtbarkeit des Bodens, dessen ungeheure Ausdehnung, das milde Klima, die herrlichen Wasserverbindungen, der durchaus freie Verkehr in einem Raume von mehreren tausend Meilen, die vollkommene Sicherheit der Personen und des Eigenthumes, bei sehr geringen Staatslasten, das ist es, was man als die eigentlichen Pfeiler der glücklichen Lage der Amerikaner zu betrachten hat. In welchem andern Lande der Erde findet man dieses alles vereint?“¹³ Diese Beschreibung trifft in einigen Elementen heute noch auf die USA zu. Wer verstehen möchte, warum in den USA vom Auto bis zur Kekspackung alles eine Nummer größer ist, muss einen Road Trip durch den teilweise dünn besiedelten Westen der USA unternehmen. Hier bekommt man ein Gefühl für die Entfernungen. Im dicht besiedelten Europa und vor allem in Deutschland sind diese so nicht vorstellbar, wenn der nächste Supermarkt maximal 20 Minuten mit dem Fahrrad entfernt liegt und eine Reifenpanne nicht die Gefahr birgt, dass ein Braunbär vorbeikommt statt eines Abschleppwagens.

Bis 1920 wanderten mehr als fünf Millionen Deutsche in die USA aus, die nächste große und bitter erzwungene Auswanderungswelle nach 1933 ist darin nicht enthalten. Mehr als 50 Millionen US-Amerikaner bei knapp 320 Millionen Einwohnern geben heute an, deutsche Vorfahren zu haben.¹⁴ So verwundert es auch nicht, dass eine Charaktereigenschaft in beiden Ländern vorhanden ist: Während die Amerikaner den Deutschen *German angst* unterstellen, werfen Deutsche den Amerikanern ein übertriebenes Sicherheitsbedürfnis vor. In beiden Nationen steckt die schnelle Verunsicherung durch real oder vermeintlich von außen drohende Gefahren. Positiv betrachtet ist beiden Bevölkerungen jedoch eine große Portion Pragmatismus gemeinsam, die auf die Außen- und Sicherheitspolitik übertragen zu guten Ergebnissen führen kann, wie das Beispiel Iran-Verhandlungen zeigt.

Deutschland als Land der Dichter und Denker hat gerade im Bereich der politischen Philosophie mit der Aufklärung neben Frankreich und England einen wichtigen Beitrag geleistet; die USA haben diese Ideen frühzeitig in die Tat umgesetzt und erkämpft. Kaum eine andere Verfassung existiert in ihrer jetzigen Form bereits so lange wie die der USA vom 17. September 1787. Mit einem blutigen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865, der zur Abschaffung der Sklaverei führte, und der Gettysburg Address¹⁵ von US-Präsident Abraham Lincoln, einer Blaupause zur Beschreibung von Demokratie, wurden weitere Grundlagen gelegt, die uns von der freien Welt sprechen lassen und der Entwicklung der Menschenrechte dienen. Deutschland hat diese Ideen inzwischen so verinnerlicht, dass mit einer gewissen *German assertiveness*¹⁶ gerne verdrängt wird, dass wir diese Ideen zwar in Teilen einst exportiert hatten, dass wir sie aber erst wieder mit Unterstützung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg reimportierten. Es sind die Ideen von Demokratie und Menschenrechten, die Deutschland erst mit Hilfe der USA realisieren konnte und die es uns heute erlauben, die USA so leidenschaftlich zu kritisieren.

Manchmal ist diese Kritik auch mehr als berechtigt, wie das furchtbare Kapitel der CIA-Foltergefängnisse gezeigt hat. Doch wer jetzt argumentiert, dass die USA damit bei Menschenrechtsverletzungen nicht besser seien als Russland oder China, der lege bitte den parlamentarischen Untersuchungsbericht dieser Länder vor, der die eigene unrechtmäßige Praxis so genau beschreibt wie dies mit dem Bericht des US-Senats im Dezember 2014 erfolgt ist. Demokratien machen Fehler, schreckliche Fehler, aber sie besitzen anders als Diktaturen die Fähigkeit zur Selbstkorrektur. Deutsche Behörden, Untersuchungsausschüsse und Opferanwälte sind beispielsweise gerade dabei, das Versagen im Bereich der NSU-Morde an unschuldigen Bürgern in Deutschland aufzuarbeiten.

Mehr als 50 Millionen US-Amerikaner bei knapp 320 Millionen Einwohnern geben heute an, deutsche Vorfahren zu haben.

Es sind die Ideen von Demokratie und Menschenrechten, die Deutschland erst mit Hilfe der USA realisieren konnte und die es uns heute erlauben, die USA so leidenschaftlich zu kritisieren.

Demokratien machen Fehler, schreckliche Fehler, aber sie besitzen anders als Diktaturen die Fähigkeit zur Selbstkorrektur.

2. Gemeinsame Interessen und Werte

So fehlerhaft Demokratien sein können, so unverzichtbar sind sie als Ausdruck der einzigen staatlichen Ordnung, die Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe und ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft ermöglicht. Stellt man hierbei jedoch auf den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes ab, hat das Erfolgsmodell Demokratie harte Konkurrenz von Autokratien erhalten, in denen Rechtsstaatlichkeit eine untergeordnete Rolle spielt, solange der Rubel und der Renminbi rollen. Dies ist umso bedenklicher, als sich diese Idee auch auf die Außenpolitik überträgt und in einigen Ländern mit Freude übernommen wird, statt sich der Kraftanstrengung „Demokratie und Marktwirtschaft“ zu stellen. So meinte beispielsweise der Präsident Ugandas, Yoweri Museveni, anlässlich einer Wirtschaftskonferenz im Jahr 2014 bezüglich der westlichen Werte-Agenda: „Man kann nicht die Werte der Mittelklasse auf eine vorindustrielle Gesellschaft übertragen (...) Die Chinesen haben das alles nicht. Sie sind praktischer veranlagt.“¹⁷ Ohne hier das Bild vom wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und vom Untergang der USA zu beschwören – kurze Anmerkung hierzu: Acht der zehn nach Börsenwert wertvollsten Unternehmen sind US-amerikanisch und allein der Bundesstaat Kalifornien stellt die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt dar – kommen wir der viel geforderten multipolaren Weltordnung immer näher. Dies macht die Welt nicht immer sicherer, was sich auch in dem weit verbreiteten Empfinden vieler Menschen niederschlagen scheint, dass wir derzeit in extrem turbulenten und unsicheren Zeiten leben. Was waren dann aber eigentlich die 1990er Jahre mit dem ersten Irak-Krieg, dem Jugoslawien-Krieg, dem Krieg in Somalia, und dem Völkermord in Ruanda? Damals fanden zudem zahlreiche Anschläge¹⁸ statt: 17 Tote im Jahr 2000 auf der USS Cole im Jemen, die Bombe im Untergeschoß des World Trade Center im Jahr 1993 mit acht Toten, der Tod von 18 US-Soldaten – medial ausgeschlachtet – in Mogadischu im Jahr 1993, der Anschlag im Jahr 1995 in Oklahoma City mit 160 Todesopfern und im Jahr 1998 mit 234 Opfern bei Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania sowie ausländerfeindliche Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre in Deutschland wie in Hoyerswerda und Mölln.

Auch die 1990er Jahre waren turbulent und unsicher.

Bei der Lösung der aktuellen Herausforderungen von Ukraine-Krise bis islamistischem Terrorismus sind die USA und Deutschland natürliche Werte-Partner.

Jede Zeit hat ihre Herausforderungen. Diesen muss man sich mit Besonnenheit stellen. Das gilt für die aktuelle Ukraine-Krise oder die Gefahr durch den islamistischen Terrorismus und den zunehmenden Antisemitismus. Die Lösungen hierfür können nur im Rahmen internationaler Zusammenarbeit gefunden werden. Dabei bleiben die USA und Europa mit Deutschland die natürlichen Partner. Nur hier sind die gemeinsame Wertebasis Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, freie Marktwirtschaft und Sicherheitsinteressen annähernd deckungsgleich. Man mag sich über die Mittel zur Lösung manchmal uneinig sein, man kann sich streiten und kritisieren, aber man wird am Ende des Tages zusammenarbeiten müssen.

III. Handlungsempfehlungen

Damit diese Zusammenarbeit wieder mit mehr Enthusiasmus und Entschlossenheit läuft, müssen jedoch immer wieder Anstrengungen zur Verbesserung unternommen werden. Diese könnten folgendermaßen aussehen, wobei sich die ersten drei Handlungsempfehlungen mehr auf die politische Ebene und die anderen beiden eher auf das Verhältnis der Bevölkerungen zueinander beziehen:

1. Europäische Verteidigungspolitik stärken

Die Europäische Union hat sich meist durch Krisen von außen verändert. So wie die Wirtschaftskrise zur Bankenunion führt, ist die Ukraine-Krise – möchte man dieser

Das viel zitierte „Burden Sharing“ kann im Zuge der Herausforderung durch Russland Wirklichkeit werden.

Situation etwas Positives abgewinnen – die Chance, die europäische Verteidigungspolitik strukturell und strategisch zu stärken. Dies wird zwar nicht dazu führen, dass die USA die seit Henry Kissinger berühmte eine Telefonnummer erhalten, die sie im Notfall anrufen können. Es wird auch nicht die Folge haben, dass die EU das „E pluribus unum“¹⁹ der USA umsetzt. Es kann jedoch der Auslöser sein, dass das viel zitierte „Burden Sharing“ innerhalb der NATO Wirklichkeit werden wird. Und ein weiteres Resultat könnte sein, dass ein aggressiv expandierendes Russland seine direkten Nachbarn wieder ernster nimmt. Dass Russland dies derzeit nicht tut, zeigt allein schon Putins pervertierte Symbolpolitik, indem er Minsk als Verhandlungsort ausgewählt hat. Der weißrussische Paria, der aufgrund seiner massiven Menschenrechtsverletzungen von EU und USA mit Sanktionen belegt ist, erhielt so von Russlands Gnaden wieder die Zutrittskarte für das internationale Parkett.

2. Guantánamo schließen

Es war die erste Amtshandlung von US-Präsident Obama, den Auftrag zur Schließung von Guantánamo zu unterschreiben.

Bleibt man beim Stichwort „Russland“, fällt auf, dass gerade in der deutschen Talkshow-Politik von einigen Vertreterinnen und Vertretern immer wieder gefordert wird, „Russland endlich zu verstehen“. Unklar bleibt dabei, warum man Völkerrechtsverstöße von Russland verstehen muss, gleichzeitig die USA aber permanent kritisiert und kein Verständnis für innen- und außenpolitische Zwänge zeigt. Ein gutes Beispiel unter dem bereits oben besprochenen Stichwort „Menschenrechte“ ist das Gefangenenlager der USA in Guantánamo. Keine Frage, Kritik an dem Gefangenenlager ist absolut berechtigt. Mittlerweile ist Guantánamo zu einem Symbol für Menschenrechtsverstöße und eine in der arabischen Welt propagandistisch genutzte Rekrutierungsmaßnahme für islamistische Terroristen geworden. Jedoch anstelle bloß weiter Kritik zu üben, ist hier die entscheidende Frage: Warum wurde es noch nicht geschlossen? Es war die erste Amtshandlung von US-Präsident Obama, den Auftrag zur Schließung von Guantánamo zu unterschreiben. Hier wurden von der US-Administration große Anstrengungen unternommen, die an massiven innenpolitischen Widerständen scheiterten. Die Frage nach Hilfe an befreundete Staaten zur Übernahme einzelner Häftlinge war selten von Erfolg gekrönt; für viele Regierungen schien die Anfrage eine ähnliche Attraktivität zu besitzen, wie die Frage, ob man in seiner Nachbarschaft eine psychiatrische Einrichtung für Sexualstraftäter haben möchte.

Hier wäre es eine Möglichkeit, statt *German assertiveness* zu üben, mittels stiller deutscher Diplomatie dabei zu helfen, dass die letzten Gefangenen Guantánamo verlassen können und eine sichere Aufnahme in der Bundesrepublik und anderswo finden. So könnte Deutschland dazu beitragen, dass dieses Kapitel zum Ende der Amtszeit von Präsident Obama, der dieses Lager im Übrigen nicht eingerichtet hat, noch abgeschlossen wird.

3. Gemeinsame Zusammenarbeit für eine demokratische Kontrolle der Nachrichtendienste

Die vom Bundesnachrichtendienst geführten Verhandlungen zum No-Spy-Abkommen zwischen den USA und Deutschland, die im Zuge der Enthüllungen durch Edward Snowden angestoßen worden waren, sind gescheitert. Es besteht auch in Washingtoner Regierungskreisen die Überzeugung, dass das Abhören des Handys der Bundeskanzlerin ein Fehltritt war. Nun lässt es sich bei über 100.000 Mitarbeitern in den US-Geheimdiensten nicht vollkommen vermeiden, dass gravierende Fehler geschehen, die fatale politische Konsequenzen haben. Dies gilt im Übrigen auch im Falle der über 12.500 nachrichtendienstlichen Mitarbeiter in Deutschland. Deswegen muss die demokratische Kontrolle dieser Dienste verbessert werden.

Ein Parlament kann mit einem anderen Parlament sehr wohl seine Erfahrungen und Ideen über die notwendigen parlamentarischen Strukturen zur Kontrolle von Geheimdiensten diskutieren.

Die Einführung eines Programms, das es jungen Deutschen ermöglicht, ihr Freiwilliges Soziales Jahr in den USA abzuleisten, könnte einen wichtigen Impuls für die transatlantischen Beziehungen darstellen.

Sowohl in den USA als auch in Deutschland sind hier Anstrengungen erfolgt, die man als Aufhänger nutzen könnte, sich hierüber intensiv auszutauschen. Ein Geheimdienst soll dem anderen Geheimdienst seine Arbeitsmethoden nicht offenbaren, aber ein Parlament kann mit einem anderen Parlament sehr wohl seine Erfahrungen und Ideen über die notwendigen parlamentarischen Strukturen zur Kontrolle von Geheimdiensten diskutieren. Denn diese Strukturen sind innerhalb einer Demokratie erstaunlich ähnlich und bedürfen dringend und wirkungsvoll der Reform – auf beiden Seiten des Atlantiks.

4. Charmeoffensive für TTIP

Die Notwendigkeit von TTIP wird auf deutscher und US-Regierungsebene nicht bezweifelt. In der deutschen Bevölkerung und auch in anderen europäischen Ländern sind die Sorgen, wie oben beschrieben, jedoch groß. Hier muss weiter nachgearbeitet werden und mit Informationsveranstaltungen – wie dies bereits erfolgt – weiter politisch überzeugt werden. Dies ist mühsam, aber notwendig und darf vor allem nicht nur in Berlin stattfinden, sondern muss sehr breit über das ganze Land angeboten werden.

5. Austausch weiter intensivieren

Manchmal kann Soft-Power eine unglaubliche Wirkung entfalten. Ein großes Erfolgsbeispiel hierfür ist der deutsch-französische Schüler- und Studentenaustausch. Aus den einstigen „Erbfeinden“ sind mittlerweile gute Nachbarn geworden. Ein ähnliches Erfolgsbeispiel sind auch die zahlreichen Austauschprogramme zwischen den USA und Deutschland. Angesichts von G8 in der Schule²⁰ und einem immer schnelleren „Durchstudieren“ gibt es jedoch noch eine bislang kaum genutzte Möglichkeit, jungen Menschen die Vielfalt der USA nahe zu bringen: das Freiwillige Soziale Jahr. Wer als „Hilfsranger“ ein Jahr in einem der unzähligen Nationalparks der USA verbracht hat, hat nicht mehr das falsche Bild der US-Bürger als Umweltsünder im Kopf, sondern weiß auch, was dort für den Naturschutz getan wird und dass in den USA der weltweit erste Nationalpark bereits im Jahr 1872 gegründet wurde, der Yellow Stone Nationalpark.

Das Ziel beiderseitiger Bemühungen muss es sein, den engen persönlichen Kontakt – sowohl zwischen Regierungsvertretern als auch zwischen Bürgern – zu halten und noch weiter zu intensivieren. Denn nur so wird einem immer wieder bewusst, dass das Gegenüber im Ergebnis dieselben Werte und dieselben Interessen vertritt. Dann erkennt man auch, dass der vertraute Partner in Wirklichkeit ein echter und enger Freund ist.

1] Michael Spehr, *Alles schläft, Google wacht*, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.12.2013, <http://www.faz.net/aktuell/technik-motor/tech-talk-alles-schlaeft-google-wacht-12729771.html> [06.03.2015].

2] Jacques Schuster, *Die grimmige Angst vor der Chlorhuhn-Herrschaft*, Die Welt vom 17.06.2014, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article129183149/Die-grimmige-Angst-vor-der-Chlorhuhn-Herrschaft.html> [06.03.2015].

3] German Marshall Fund, *Transatlantic Trends*, September 2014, <http://trends.gmfus.org/> [06.03.2015].

4] *Die britische Organisation Iraq Body Count geht im Zeitraum von 2003 bis 2011 von insgesamt 162.333 getöteten Menschen auf irakischer und alliierter Seite aus, davon 114.212 irakische Zivilisten und 4.802 Soldaten der US-Koalition*, vgl. <https://www.iraqbodycount.org/analysis/numbers/2011/> [04.03.2015]. *Nimmt man in diesem Zeitraum die Todesfälle aufgrund nicht existierender Infrastruktur oder Flucht hinzu, mussten 461.000 Menschen diesen Krieg im Zeitraum 2003 bis 2011 mit dem Leben bezahlen, so das Ergebnis einer unabhängigen Studie von Wissenschaftlern aus den USA, Kanada und dem Irak aus dem Jahr 2013, zu finden unter <http://journals.plos.org/plosmedicine/article?id=10.1371/journal.pmed.1001533#abstract1> [04.03.2015].*

- 5] *Wobei diese Forderung angesichts folgender Zahlen auch etwas naiv ist: Nach einer Untersuchung der Weltbank braucht es zum Aufbau einer gut funktionierenden Bürokratie 20 Jahre, um Korruption zu beseitigen 27 Jahre und um einen Rechtsstaat zu etablieren 41 Jahre; vgl. World Bank Development Report aus dem Jahr 2011, Tabelle 2.1, S. 11, http://siteresources.worldbank.org/INTWDRS/Resources/WDR2011_Full_Text.pdf [04.03.2015].*
- 6] *Oder, um es mit den Worten des damaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld auszu- drücken, „Germany has been a problem and France has been a problem, (...)“ sowie „I think that’s old Europe.“, vgl. zu diesen Statements BBC World, Outrage at old Europe remarks, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/2687403.stm> [05.03.2015].*
- 7] *Treuegelöbnis, das in den USA bei öffentlichen Veranstaltungen und in öffentlichen Schulen als Morgenritual geleistet wird: „I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all.“, vgl. <http://www.ushistory.org/documents/pledge.html> [04.03.2015].*
- 8] *Tina Kaiser im Interview mit Martin Richenhagen, TTIP-Ängste: „Für Amerikaner ist Rohmilchkäse eine Bio-Waffe“, Die Welt-Online, <http://www.welt.de/wirtschaft/article136564111/Fuer-Amerika-ner-ist-Rohmilchkaese-eine-Biowaffe.html> [04.03.2015].*
- 9] *Vgl. Hendrik Loven, Natalie Amiri, Simon Emmerlich, Report München, <http://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/videos-und-manuskripte/dokumente-zum-freihandelsabkommen-ttip-102.html>.*
- 10] *Wladimir Putin, Plädoyer für eine Wirtschaftsgemeinschaft: Von Lissabon bis Wladiwostok, Süd- deutsche Zeitung-Online, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschafts- gemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908> [04.03.2015].*
- 11] *Bernd Brunner, Der große Aufbruch, Zeit-Geschichte 03/11, Zeit-Online, <http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2011/03/Massenauswanderung> [04.03.2015].*
- 12] *Dieses „Jahr ohne Sommer“ ist auf einen Vulkanausbruch auf einer indonesischen Insel zurück- zuführen. Aschewolken führten auf Teilen der Welt zur Verdunkelung des Himmels. Auch die USA blieben hiervon nicht verschont und dies führte zu einem Weiterzug der Siedler von der betroffenen Ostküste weiter in den Westen und zur Besiedlung von Illinois, Indiana und Ohio.*
- 13] *Zitat von Gottfried Duden aus Bernd Brunner, Der große Aufbruch, Zeit-Geschichte 03/11, Zeit- Online, <http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2011/03/Massenauswanderung> [04.03.2015] mit Verweis auf seinen Bericht über eine Reise nach den westlichen Staaten Nordamerikas und einen mehrjährigen Aufenthalt am Missouri von 1829, zu finden unter <http://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=hvd.32044011393162;view=1up;seq=5> [04.03.2015].*
- 14] *Bernd Brunner, Der große Aufbruch, Zeit-Geschichte 03/11, Zeit-Online, <http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2011/03/Massenauswanderung> [04.03.2015].*
- 15] *Diese Rede hielt der US-Präsidenten Abraham Lincoln am 19. November 1863 anlässlich der Ein- weihung des Soldatenfriedhofs von Gettysburg. Vom 1. bis 3. Juni 1863 hatte in Gettysburg in Pennsylvania die Entscheidungsschlacht im amerikanischen Bürgerkrieg stattgefunden, bei der über 30.000 Soldaten starben oder verwundet wurden. Die Rede ist ein rhetorisches Meisterwerk, wird heute noch in den US-Schulen auswendig gelernt und beschreibt Demokratie mit den Worten einer „Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk“, zu finden unter http://www.america- slibrary.gov/jb/civil/jb_civil_gettysbg_1.html [05.03.2015].*
- 16] *Dies bedeutet „deutsche Überheblichkeit“, die im angelsächsischen Raum als eine Verhaltensweise der Deutschen beschrieben wird.*
- 17] *Chester A. Crocker, The Strategic Dilemma of a World Adrift, Survival Global Politics and Strategy, Vo. 57 no. 1, Feb. –March 2015, S. 7 – 30 (11) mit Verweis auf James Kyngye, Uganda Turns East: Chinese Money will Build Infrastructure says Museveni, Financial Times, 21. Oktober 2014, www.ft.com/cms/s/0/ab12d8da-5936-11e4-9546-00144feab7de.html.*
- 18] *Die Aufzählung ist nicht abschließend.*
- 19] *Deutsche Übersetzung: „Aus vielen eines“ war der Spruch im Großen Siegel der Vereinigten Staa- ten, dem Hoheitszeichen der Vereinigten Staaten von Amerika bis 1956. Die Länder, aus denen sich die Bevölkerung der USA im Jahr 1776 im Wesentlichen zusammensetzte, werden in dem Siegel wie folgt repräsentiert: die Rose steht für England, die Distel für Schottland, die Harfe für Irland, die Lilie für Frankreich, der Löwe für die Niederlande und der Adler für Deutschland, vgl. www.greatseal.com/mottoes/unum.html [05.03.2015].*
- 20] *Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur und damit eine Verkürzung der Schulzeit am Gymna- sium von neun auf acht Jahre (kurz: G8).*

Die Autorin

Dr. Daniela Haarhuis ist Rechtsanwältin und Dozentin an der Universität Münster. Sie war zudem als Referentin im Bundeskanzleramt tätig.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Dr. Patrick Keller

Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Telefon: +49(0)30/26996-3510

E-Mail: patrick.keller@kas.de

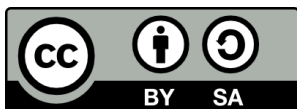
Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-139-2

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

*Bildvermerk Titelseite:
© picture-alliance/ZB,
Fotograf: Arno Brugi*